

Bund Deutscher Hebammen e.V., Gartenstr. 26, 76133 Karlsruhe

Stellungnahme zur Vorbereitung der Anhörung im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 16.2.2005 zur Problematik der späten Schwangerschaftsabbrüche

Der Bund Deutscher Hebammen bedankt sich für die Einladung zu dieser Anhörung. Wir begrüßen es, dass die vielschichtigen Probleme, die die vorgeburtliche Diagnostik mit sich bringt, von den zuständigen VertreterInnen aller Parteien wahrgenommen und diskutiert werden. Mit der folgenden Stellungnahme zu den vorliegenden Anträgen sowohl der Fraktion der CDU/CSU als auch der Fraktionen der SPD und Bündnis90 /Die Grünen wollen wir die Diskussion um unseren Blick aus der Praxis erweitern.

Pränataldiagnostik ist heute selbstverständlicher Bestandteil der ärztlichen Schwangerenvorsorge und wird von Frauen überwiegend akzeptiert und nachgefragt. Frauen/Paare gehen häufig davon aus, vorgeburtliche Untersuchungen dienen dem guten Fortgang der Schwangerschaft und der Gesundheit des Ungeborenen. Erst die Konfrontation mit einer festgestellten „Auffälligkeit“ und der Notwendigkeit für weitergehende Abklärung bzw. einem manifesten Befund macht vielen Frauen/Paaren bewusst, dass die Untersuchung ihres Kindes eine Entscheidung über Fortgang oder Abbruch der Schwangerschaft nach sich ziehen könnte. Dies ist die klassische Situation, in der Beratung durch die betreuende Hebamme oder eine Beratungsstelle in Anspruch genommen wird. Gleichzeitig ist dies aber auch ein Moment, in dem schwerwiegende Entscheidungen eine vernünftige Abwägung aller möglichen Folgen für alle Beteiligten überschatten. Grundsätzlich bleiben wir deshalb bei der Forderung, die Pränataldiagnostik von der regulären Schwangerenvorsorge zu trennen – so wie es z.B. in Dänemark und Schweden der Fall ist, wo die Schwangerenvorsorge von Hebammen geleistet wird.

Das Angebot der psychosozialen Beratung ist aus unserer Sicht vielfältig und flächendeckend, die Beraterinnen sind hochqualifiziert und motiviert – Sie werden jedoch landauf, landab hören, dass die Beratung **vor** Pränataldiagnostik **nicht** nachgefragt wird und die Beratung **nach** einem entsprechenden Befund nur **vereinzelt**; häufiger melden sich Frauen **nach** einem Abbruch, den sie nicht allein verarbeiten können. Unseres Erachtens bedarf es keiner Ausweitung des psychosozialen Beratungsangebotes, sondern das vorhandene Angebot muß den Frauen zugänglich gemacht werden. Dazu genügt u.E. nicht ein Hinweis im Mutterpass, sondern es bedarf einer überprüfbaren Verpflichtung der behandelnden ÄrztIn, frühzeitig auf das Beratungsangebot hinzuweisen und die Stellungnahme des BDH zur Vorbereitung der Anhörung am 16.02.05

Wahrnehmung durch das Einräumen einer Bedenkzeit vor entsprechenden Maßnahmen zu ermöglichen. Dies ist einer Pflichtberatung in einer bereits eingetretenen Konfliktsituation auf jeden Fall vorzuziehen.

Die Entscheidung über das Vorliegen einer medizinischen Indikation wird in vielen Häusern schon jetzt durch ein interdisziplinär besetztes Gremium getroffen (Ethikkommission). Eine umfassende Hilfestellung für die werdenden Eltern bei der Entscheidung für die Annahme eines behinderten Kindes oder den Abbruch der Schwangerschaft kann jedoch u.E. ein solches Gremium nicht leisten. Hier ist die Begleitung durch eine vertraute fachkundige Person ideal, die über gute Kontakte zu Elterninitiativen, SozialarbeiterInnen und/oder HumangenetikerInnen verfügt und eine informierte Entscheidung der Frau/des Paares fördern kann.

Die Lösung der Problematik der späten Schwangerschaftsabbrüche kann und darf aus unserer Sicht nicht die Vorverlegung der Pränataldiagnostik sein. Eine frühzeitige Aufklärung über Möglichkeiten und Grenzen der Pränataldiagnostik könnte ärztliches Handeln entlasten und vor unberechtigten Ansprüchen bewahren. Eine psychosoziale Beratung hilft ergänzend zur medizinischen Aufklärung Frauen/Paaren, ihre Werte und die eigene Lebensplanung zu reflektieren und zu einer fundierten Entscheidung zu kommen. Auch dies trägt zur Entlastung von Ärzten bei.

Wir sehen es als unsere Aufgabe an, schwangere Frauen/Paare in ihrer Kompetenz zu stärken und auf die grundlegende Veränderung ihres Lebens durch die Geburt ihres Kindes vorzubereiten. Pränataldiagnostik fokussiert den Beginn des Lebens als die risikoreichste Zeit im Leben eines Menschen – dies zu relativieren und den werdenden Eltern zu vermitteln ist unsere tägliche Arbeit.

Berlin, den 9.02.05

Marion Brüssel, Sachverständige des BDH